

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

LOAD e.V. - Verein für liberale Netzpolitik
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

13.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrter Herr Griep,

danke für Ihre Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir nachfolgend beantworten:

Mit der sogenannten *Chatkontrolle* plante die EU-Kommission die Aushebelung der Vertraulichkeit der Kommunikation für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger; wie stehen Sie zu Plänen eines Client-Site-Scanning und setzen Sie sich für ein *Recht auf Verschlüsselung* auf europäischer Ebene ein?

Unser Europaabgeordneter Dr. Patrick Breyer ist als Schattenberichterstatter an den Verhandlungen um die Parlamentsposition unmittelbar beteiligt. Client-side-scanning bedeutet, die Anbieter von Messengerdiensten müssen Nachrichten auf jedem Smartphone durchsuchen und ggf. unverschlüsselt ausleiten. Das zerstört das Vertrauen in sichere Verschlüsselung und erzwingt eine Hintertür, die eine Überwachung bisher sicher verschlüsselter Kommunikation auch für viele andere Zwecke ermöglicht. Patrick Breyer konnte das EU-Parlament fraktionsübergreifend überzeugen, Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikationsdienste von jeder Verpflichtung zur Überwachung auszunehmen.

Selbstverständlich unterstützt die Piratenpartei eine Verbriefung unseres Rechts auf Verschlüsselung.

Unter welchen Bedingungen stimmen Sie für den Einsatz von *digitalen Waffen* (Spyware und destruktive Programme) durch EU-Mitgliedsstaaten und welche Regelungen halten Sie für den Im- und Export solcher Waffen für notwendig?

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

PIRATEN unterstützen einen internationalen Vertrag über Cyberkrieg, der in Übereinstimmung mit unseren Prinzipien der transparenten Machtausübung steht. Der Vertrag verpflichtet die Unterzeichner, im Konfliktfall den Einsatz von Cyberwaffen ausdrücklich anzukündigen. Unter Cyber-Waffen fallen alle Software- und IT-Systeme, die über IKT-Netzwerke Informationssysteme oder Netzwerke von ausländischen Regierungen und Einzelpersonen gezielt überwachen, manipulieren, beeinträchtigen, stören, deaktivieren oder zerstören können. Darüber hinaus verpflichten sich die Unterzeichner, die Sicherheit ziviler Systeme nicht aktiv zu beeinträchtigen.

Für andere als militärische Zwecke sollte der staatliche Einsatz von Spyware und destruktiven Programmen verboten sein. Der Einsatz von Spyware gegen Oppositionelle, Journalisten und andere untergräbt die Demokratie. Dementsprechend ist auch der Im- und Export solcher Waffen zu verbieten.

Gibt es aus Ihrer Sicht regulatorische Herausforderungen im Hinblick auf Trainingsdaten für (generative) KI, die noch nicht von europäischen Regelungen adressiert werden und wie wollen Sie diese angehen?

Wir hätten uns eine Regelung gewünscht, die sicher stellt, dass Trainingsdaten nur aus legalen Quellen bezogen werden.

Halten Sie ein Vorgehen gegen Desinformationskampagnen auf Internetplattformen auf EU-Ebene für notwendig und welche Maßnahmen wären dafür sinnvoll, um betroffene Grundrechte - wie das Recht auf freie Meinungsäußerung - zu gewährleisten?

Was Desinformation im Sinne von Falschmeldungen angeht, ist zwischen illegalen und legalen Inhalten zu unterscheiden. Illegale Inhalte sind zeitnah nach Kenntnisnahme zu entfernen. Bei legalen, von der Meinungsfreiheit geschützten Inhalten sollte es weder dem Staat ("Wahrheitsministerium") noch privaten Internetkonzernen obliegen zu entscheiden, ob eine Information wahr oder unwahr ist. Die Nutzer sollten darin unterstützt werden, dies einordnen zu können (z.B. durch Hinweise und Fact Checking).

Wir sehen in einer kontinuierlichen, fächerübergreifenden Medienbildung die beste Möglichkeit, einen verantwortungsvollen Umgang und eine Unterscheidung von echten und falschen Informationen im Netz zu erkennen. Dies wirkt sich dann auf die Nutzung und Einordnung aller sozialen und sonstigen Medien aus, sodass es keiner gesonderten Regeln für TikTok oder ähnliche Medien bedarf.

Das eigentliche Problem bei Fake News sind die Empfehlungsalgorithmen, die gerade grenzwertige, problematische und provozierende Inhalte im Profitinteresse der Konzerne besonders schnell verbreiten. Nutzer sollten eine Sortierung ihrer Timeline nach Datum wählen können und sollten auch von Dritten programmierte, konfigurierbare und ggf. nichtkommerzielle Empfehlungsalgorithmen zur Sortierung ihrer Timeline einsetzen können (Interoperabilität). Solche Algorithmen können dafür sorgen, dass wir wirklich das zu sehen bekommen, was wir sehen möchten, und nicht das, mit dem man uns möglichst lange Werbung verkaufen kann.

Wollen Sie sich dafür einsetzen, die KI-Verordnung in Deutschland so umzusetzen, dass *biometrische Identifizierung* zu Zwecken der Überwachung im öffentlichen Raum möglich wird und wie stehen Sie generell zu einem *Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum*?

Biometrische Massenüberwachung durch Gesichtserkennung im öffentlichen Raum darf in Deutschland nicht Realität werden. In der Realität wurde mit biometrischer Massenüberwachung noch kein einziger Terrorist gefunden, kein einziger Anschlag verhindert, stattdessen gab es unzählige Festnahmen Unschuldiger und eine Quote von bis zu 99% Falschverdächtigungen. Eine Einführung der Gesichtserkennung öffnet die Büchse der Pandora und führen uns in eine dystopische Zukunft eines misstrauischen High-Tech-Überwachungsstaats nach chinesischem Vorbild. Sie gibt autoritären Regierungen der Zukunft eine nie dagewesene Unterdrückungswaffe in die Hand. Unter ständiger Überwachung sind wir nicht mehr frei.

Anonymität im öffentlichen Raum ist ein Grundrecht. Es gewährleistet unsere Unbefangtheit, die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und andere Grundrechte.

Mit welchen Drittstaaten sollten aus Ihrer Sicht Vereinbarungen mit der EU zu *Datenübermittlungen* geschlossen werden und wie wollen Sie sicherstellen, dass europäische Datenschutzstandards in solchen Vereinbarungen eingehalten werden?

Die Piraten lehnen den Austausch personenbezogener Daten mit Ländern ab, die keine wirksamen Garantien und keinen vergleichbaren Grundrechtsschutz bieten, wie die USA. Solche Übermittlungen können nur unter außergewöhnlichen Umständen erlaubt werden, wenn es sich um einen Notfall handelt und angemessene Garantien und Einschränkungen gelten.

Verschiedene Staaten (z.B. die USA) diskutieren aktuell in unterschiedlichen Ausprägungen ein Verbot der App TikTok; inwiefern würden Sie sich für ein *TikTok-Verbot* in der EU einsetzen und wie stehen Sie allgemein zum Thema *Geoblocking*?

Das von „Zensursula“ von der Leyen ins Spiel gebrachte europäische TikTok-Verbot würde die Meinungsfreiheit verletzen und wäre eine Bankrotterklärung für den Datenschutzstandort Europa. Datenschutz ist hier nur das Feigenblatt für Standortpolitik. Statt TikTok lahmlegen zu wollen, muss Europa alle sozialen Netzwerke und Internetplattformen überwachungsfrei machen. Wir brauchen ein EU-Internet-Datenschutzgesetz, um unser Recht auf Anonymität im Netz zu garantieren und massenhafte Surfspionage zu stoppen.

Natürlich verletzt es unsere Privatsphäre und birgt es Erpressungspotenzial gegen höchste Amtsträger und Politiker, aus unserem Surfverhalten unser Sexualleben und gesundheitliche Probleme, politische Einstellungen und unser zukünftiges Verhalten ableiten zu können. TikTok spioniert in der Tat seine Nutzer und ihr Surfverhalten aus, das tun aber US-Dienste wie Instagram und die Werbeindustrie einschließlich Google auch. Die US-Anbieter liefern unsere Daten im Rahmen des PRISM-Programms ganz offiziell an den NSA-Geheimdienst aus, das ist für TikTok bisher nicht nachgewiesen. Ein

Verkauf von TikTok würde an seiner Spionagepraxis nichts ändern. Unzählige Mitarbeiter haben Datenzugriff und könnten weiterhin für Geheimdienste spionieren.

Das Internet ist ein Medium, das keine Grenzen kennen sollte. PIRATEN betrachten künstliche nationale Barrieren für Kulturgüter als ein Hindernis für den europäischen Binnenmarkt. Sie stehen im Widerspruch zu den europäischen Werten. Wir müssen die europäischen Urheberrechtsgesetze vereinheitlichen und Ausnahmen vom Urheberrechtsmonopol europaweit verbindlich machen. "Dieses Video ist in Ihrem Land nicht verfügbar" sollte der Vergangenheit angehören.

Durch welche Maßnahmen würden Sie *kritische Infrastrukturen* im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie oder anderen Bereichen mit technischen Steuerungskomponenten gegen einseitige Abhängigkeiten, fremde Einflussnahme und Cyberangriffe absichern?

Mit dem Internet der Dinge (IoT) wirken sich Computer direkt und physisch auf unsere Welt aus (z. B. Auto- oder Krankenhaustechnik). Geräte und Werkzeuge, die unsicher und anfällig für Integritäts- und Verfügbarkeitsbedrohungen sind, gefährden zunehmend unser Leben und unser Eigentum. Wir können es uns nicht leisten, dass regelmäßig Sicherheitskatastrophen auftreten.

Wir Piraten wollen die kommerziellen Hersteller verpflichten, für einen angemessenen Zeitraum regelmäßige Sicherheitsupdates bereitzustellen. Wenn Patches für kritische Sicherheitslücken nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach ihrer Entdeckung bereitgestellt werden, sollen die kommerziellen Hersteller haftbar gemacht werden.

Wenn ein Hersteller beschließt, ein Produkt aufzugeben müssen der Quellcode und die Entwicklungswerkzeuge veröffentlicht werden, damit die Community das Produkt weiter pflegen kann.

Die Behörden sollen verpflichtet werden, gefundene oder erworbene Schwachstellen offenzulegen. Es darf keine Hintertüren in der Verschlüsselungstechnologie geben, da dies die Integrität und Sicherheit aller Systeme schwächen und gefährden würde.

Freie Software, die häufig die Grundlage für kritische Infrastrukturen bildet, wird in der Regel von einigen wenigen Freiwilligen in ihrer Freizeit gepflegt. Wir wollen innovative Open-Source-Projekte finanzieren und zur Entwicklung freier Software beitragen. Dies kann z. B. durch direkte Finanzierung und organisierte Hackathons geschehen.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.